


11. September 2005

Parteien zur Wahl

Am 18. September wird in Deutschland ein neuer Bundestag gewählt. Schon das Zustandekommen dieser Wahl war suspekt, eine Art Vertrauensfrage sozusagen an das Volk. Ein Kanzler bittet inmitten einer Legislaturperiode um Einverständnis für seine Politik. Der Wähler hat nun die Qual der Wahl. Wer ist der bessere Kanzler für Deutschland: Gerhard Schröder oder sein weiblicher Herausforderer Angela Merkel? Wer hat überhaupt das bessere Zukunftskonzept für das Land? Die Wähler wissen es nicht. Ihre Sympathie gilt mehrheitlich Gerhard Schröder, aber von ihm wissen sie auch, daß es mit ihm nicht besser werden kann. Und dann ist da noch die Unionskandidatin mit ihrer grauen Eminenz Edmund Stoiber im Hintergrund. Im Grunde bieten beide Parteien keine rechte Alternative, und auch die Grünen haben, seit sie salonfähig geworden sind, in Sachen Umweltpolitik völlig versagt. Die Abkehr von der Kernenergie zugunsten eines höheren Kohlendioxidausstoßes geht ausschließlich zu Lasten der Grünen. Ihr grüner Außenminister Joschka Fischer hat der Mafia aus dem Osten, Zuhältern und Schlepperbanden visafreien Zugang zu Deutschland ermöglicht. Eine verfehlte Ausländerpolitik hat dazu geführt, daß die Deutschen jetzt selbst keine Jobs mehr haben. Nicht viel besser schneidet die SPD ab: islamischen Fundamentalisten hat sie Tür und Tor geöffnet, dazu beigetragen, daß die Bundesrepublik Deutschland religiös unterwandert ist. Von deutschem Boden aus wurden die Anschläge des 11. September vorbereitet. Und in der Wirtschaftspolitik hat die SPD total versagt: Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement, ein hohler Schwafler, brachte zwar Harz IV voran, doch mit welchem Erfolg: Nichtsteuer im Land erhalten nach wie vor Zuwendungen anhand dessen, was die Fleißigen erwirtschaften. Leute, die vorzeitig aus dem Berufsleben ausscheiden, bekommen Geld von denen, die das Pech haben, weiterhin arbeiten zu müssen. Hans Eichel hat den größten Schuldenberg angesammelt, den es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland je gegeben hat. Und Berlins regierender Bürgermeister Wowereit findet es gut so, daß die Schwulenszene der Sado-Masochisten einen kulturellen Beitrag zur Bereicherung der Stadt leistet. Und dann diese katastrophale Zunahme der Armut, für die alle Parteien gleichermaßen verantwortlich zeichnen. Deutschland als Einwanderungsland zu deklarieren hat vielen Mut gemacht, es sich in diesem Lande auf Kosten derer, die es aufgebaut haben, gut gehen zu lassen. Zudem haben sämtliche Parteien unisono jegliche intellektuelle Beschneidung aufgehoben, mit dem Erfolg, daß Deutschland heute mit die dümmsten Kinder Europas hat (siehe Ergebnis der Pisa-Studie). Machen wir es doch alle so wie die bayerische Ex-Kultusministerin Monika Hohlmeier, die ihre Kinder auf eine Privatschule schickt. Der Import von Armut und Dummheit vermehrt um den Export von Arbeitsplätzen ist der ganz große Erfolg der Regierung Schröder. Doch sind die Christdemokraten wirklich besser? Darf etwa die FDP mit ihrer Forderung nach Lockerung des Kündigungsschutzes und der totalen Steuerfreiheit auf Wählerstimmen hoffen? Wovon sollen denn dann die Politikergehälter bezahlt werden? Das Rad der Geschichte läßt sich nicht zurückdrehen, Fehlentscheidungen von einst lassen sich nicht ungeschehen machen. Schon gar nicht mit der Linkspartei mit ihrem Spitzenvertreter Oskar Lafontaine, der zu einem Rattenfänger schlechthin geworden ist, mit vom Rotweingenuß getrübten Ideen, die an die SED-Ära anknüpfen, als Zukunftsmodell aber wenig taugen, zumal sie längst ausgedient haben. Sollen wir die Globalisierung etwa aufhalten oder so weitermachen wie bisher oder wollen wir gar zurück zur nationalen Marktwirtschaft? Niemand würde doch jetzt, wo es zu spät ist, mehr unsere Produkte kaufen, wo doch andere diese mit dem Wissen, das wir ihnen abgetreten haben, genauso gut herstellen können. Und Arbeitsplätze können

A faint, light gray world map is visible in the background of the page, showing the outlines of continents and oceans.

nun einmal nicht von der Politik verordnet werden. Es wäre, als wollte man ein Perpetuum mobile erfinden. Es war von vornherein ein Danaergeschenk, immer billigere ausländische Importe zollfrei auf den Markt gelangen zu lassen, wo doch absehbar war, daß irgendwann keiner mehr - mangels fehlender Arbeitsplätze - genügend Geld in der Tasche haben würde, sie zu erstehen, auch wenn sie ihm noch so günstig angeboten werden. Die Menschen früher waren schließlich auch nicht dumm und wußten sehr wohl, warum es galt, die heimische Wirtschaft zu schützen. Währungs- und Wirtschaftsunion ade. Rette sich wer kann ist angesagt! Beide Parteien, weder CDU/CSU noch SPD stehen für eine Politik der nationalen Rettung. Ihnen ist viel wichtiger, daß die anderen aufholen und wir immer weiter zurückfallen, und das in jeder Hinsicht. Darum überlegen Sie sehr gut, wem sie am 18. September Ihre Stimme geben. Mein Herz jedenfalls schlägt rechts!